



## Summarische Auswertung der Rückmeldungen zur Anhörung der Oberaufsicht SchKG zu neuen Formularen

---

|            |                                                                             |
|------------|-----------------------------------------------------------------------------|
| Datum:     | 30. Juni 2015, ergänzt am 5.10.2015                                         |
| Für:       | ESchKK, interessierte Kreise                                                |
| Kopien an: | Projektleitung eSchKG, Fachbereichsleitung Zivilrecht und Zivilprozessrecht |

---

Die vorliegende Aktennotiz enthält eine Zusammenfassung der Rückmeldungen zur Anhörung der Oberaufsicht zu neuen Formularentwürfen.<sup>1</sup> Sie gibt stichwortartig die einzelnen Rückmeldungen wieder. Hervorgehoben sind dabei die Rückmeldungen, welche von mehreren und/oder breit abgestützten AnhörungsteilnehmerInnen eingebracht wurden. Diese Aktennotiz dient alleine der Übersicht. Die Überarbeitung der Formulare erfolgt unmittelbar auf der Grundlage der Rückmeldungen.

An der Anhörung nahmen folgende Personen, Berhöden und Verbände teil:

- Amtsschreiberei-Inspektorat Solothurn
- Autorité cantonale de surveilland LP du Valais
- Autorité de suveillance du Canton Tessin
- Betreibungs- und Konkursinspektorat Schwyz
- Betreibungsinspektorat des Kantons Zürich
- Betreibungsamt Risch
- Dr. Marco Levante, Bundesgerichtsschreiber
- Groupement des Préposé(e)s et Substitut(e)s aux Poursuites et Faillites du Canton de Fribourg
- Konferenz der Betreibungs- und Konkursbeamten der Schweiz
- Konferenz der Stadtammänner von Zürich
- Konkursamt und Betreibungsinspektorat Thurgau
- Notariat Höfe, Wollerau
- Obergericht des Kantons Schaffhausen
- Office des Poursuites de Genève
- Office des Poursuites et faillites de Delémont
- Préposé du canton de Neuchâtel
- Rechtsdienst Departement Volkswirtschaft und Inneres, Kanton Aargau
- Schuldenberatung Schweiz
- Schweizerische Post
- Secrétariat général de l'ordre judiciaire, Canton de Vaud
- Stadtammanamt und Betreibungsamt Zürich 5
- Thomas Schaad, Obergericht Solothurn
- Verband der Betriebsbeamten des Kantons Aargau

---

<sup>1</sup> <https://www.bj.admin.ch/bj/de/home/wirtschaft/schkg/anhoeuerungen.html>

- Verband der Betreibungsbeamten LU NW OW UR
- Verband Creditreform (Genossenschaft)
- Verband der zugerischen Betreibungs- und Konkursbeamten

## **1 Allgemeine Rückmeldungen**

- Durchgehend wird die Schriftgrösse als zu klein beurteilt
- Durchgehend wird das mehrsprachige Format kritisiert
- Bei der französischen Übersetzung sind viele Fehler zu beheben (vgl. insb. Vorschläge der Rückmeldungen JU und TI)
- Das BGer bemängelt zu engmaschige Vorgaben, die bisherige Praxis, wonach die Formularvorlagen primär inhaltlich in die kantonalen Formulare zu übernehmen waren, sei völlig ohne Not aufgegeben worden
- Die Erläuterungen sollten gegenüber den bisherigen Belehrungen keine Auslassungen enthalten (Kritik BGer an Erläuterung 2 zur Pfändungsurkunde)
- In den Bemerkungsfeldern ist auf Beispiele zu verzichten, insb. wo diese sehr umstrittene Angaben enthalten
- „betreuungsschalter.ch“ wird begrüsst, sollte aber ergänzt werden um Infos für Schuldner

## **2 Rückmeldungen zum Formular Zahlungsbefehl**

### **2.1 Mehrheitliche oder mehrfache Rückmeldungen**

- Name vor Vorname
- In Bezug auf die Unterschrift besteht Einigkeit in der Kritik des Entwurfs. Jedoch aus entgegengesetzten Gründen (einige sind der Ansicht, der Schuldner solle unterschreiben). Unklar ist auch der Fall, wo das Betreibungsamt unterschreibt. Häufig wird gefordert, nur „Unterschrift“ zu verwenden. Vorschlag: „Unterschrift bei Rechtsvorschlag“
- Schuldnervertretung fordert ein Feld „nicht zu neuem Vermögen gekommen“
- Rechtsmittelbelehrung beim Rechtsvorschlag missverständlich. Generell sollen diese wieder auf den ZB
- „Ausfertigung für“ wird dem „Doppel“ vorgezogen

### **2.2 Vereinzelte Rückmeldungen**

- Die Post findet die Angaben „Schuldner-/Gläubigerdoppel“ verwirrend. Zudem sei die Zustellbescheinigung bei juristischen Personen nicht immer klar (oft „an Adressat“ wenn es der Firmenchef ist).
- Kästchen „kein neues Vermögen beim Rechtsvorschlag“
- Hinweis auf 73 SchKG wäre im Sinne der Schuldner

- Wo die Forderung die Grundlage in einem Pfändungsverlustschein hat, sollte darauf hingewiesen werden
- Einzelne Stellungnahmen fordern eine Angabe der Zuzugs- und Wegzugsdaten
- Aufführung eines allfälligen Schuldnervertreters
- Sind 5 Dezimalstellen beim Zinssatz nötig?
- „Wegzug“ sollte vor „Verstorben“ aufgeführt werden
- Kostenaufstellung soll auf die Rückseite
- Zustellbescheinigung soll auf Vorderseite
- Im Gläubigerdoppel ein Kästchen „kein RV erhoben“
- Belehrung zu Art. 265a SchKG unpräzise (vgl. Stn BI ZH)
- Adressfeld sollte 5 Zeilen umfassen
- Die Vertretung und weitere Zustellungsempfänger sollten mit der vollständigen Adresse aufgeführt sein

### **3 Rückmeldungen zum neuen Formular Pfändungsurkunde**

#### **3.1 Mehrheitliche oder mehrfache Rückmeldungen**

- Die Angabe der Privilegierung stösst mehrfach auf Kritik: diese werde erst in einem Kollokationsplan geprüft
- Der Name sollte vor dem Vornamen auftauchen (oder optisch hervorgehoben werden)
- Reihenfolge „Betreibung/Gruppe/Referenz“
- Vertreter wie beim Schuldner unter die Adresse der Partei
- Bezeichnung des Exemplars wird als überflüssig erachtet, sollte zudem „Ausfertigung für“ heissen
- Angabe der Kosten sollte auch aufführen (neu „bisherige Kosten inkl. Rechtsöffnungskosten“ vorgeschlagen), welche Kosten bezahlt worden sind oder verrechnet werden. Schlusssaldo sollte für Schuldner ersichtlich sein (vgl. Vorschlag KSchK)
- Es wird begrüsst, dass die Darstellung des Pfändungsvollzugs den Ämtern/Kantonen überlassen wird
- „Feststellungen und Verfügungen“ müssen kumuliert werden können
- Tausenderapostroph sollte bleiben.
- Bemerkungen mit Verweis auf der Rückseite
- Zinsberechnung nicht aussagekräftig, da nie aktuell
- „erster“ vor Pfändungsvollzug streichen

### **3.2      Vereinzelte Rückmeldungen**

- Die Hauptaussage „kein pfändbares Vermögen“ geht unter – muss optisch hervorgehoben werden
- Zivilstand/Heimatort als Angaben nicht sehr nützlich / Andere Stn. fordern zusätzliche Angaben
- Die Zusammenfassung der Forderungen als Fliesstext verhindert eine Übersicht, insb. die Aufteilung der Kosten – auch die Kosten müssten aufgeführt werden
- Die detaillierte Auflistung der Kosten (wie im alten Formular) wird vermisst
- Verwertungsfrist bei Lohnpfändungen sollte aufgeführt sein, überhaupt sollte hier die Darstellung einheitlich sein
- Die Zeilen „Zahlungen“ und „Inkassokosten“ sollten nur einmal erscheinen (nur im ersten Fall ein Minuszeichen)
- Hinweistext ist nicht immer zutreffend (vgl. Rückmeldung KSchK)
- Teilzahlungen schaffen keinen neuen Pfändungsverlustschein, können aber vermerkt werden / Keine Zahlungen nach Ausstellung vermerken
- Hinweis ergänzen, wonach das Amt die Zahlung an den Gläubiger weiterleitet und zur Löschung des Pfändungsverlustscheins schreitet
- Existenzminimum ist aufzuführen

### **4            Rückmeldungen zum Formular Betreibungsregisterauszug**

- Name vor Vorname
- Durchgehend werden die Codes kritisiert. Die bisherige Darstellung mit Abkürzungen sei lesbarer gewesen. Zudem seien einige Codes überflüssig, zumindest deren Darstellung (vgl. unten), besonders verwirrend ist die Umstellung von Codes (Betreibungen) auf Artikel (Verlustscheine), FR fordert Aufführung von Art. 115/149 bei den Codes
- Fast durchgehend wird eine Totalisierung gefordert. Diese soll allerdings die offenen Forderungen erfassen, damit ein einfacher Überblick möglich ist. Das jetzige Konzept mit Codes und ohne Totalisierung sei sehr unübersichtlich
- Anzahl Verlustscheine ausreichend, ansonsten Verwechslungsgefahr mit Betreibungen
- Vereinzelt: Zuzug und Wegzug sollten soweit bekannt aufgeführt werden (dagegen: BGer)
- Einzelmeldung: Adressfeld 5 Zeilen
- Einzelmeldung: eine Referenznummer soll die Überprüfung der Echtheit erlauben

### **5            Rückmeldungen zu weiteren Formularen**

- Zurückhaltung wird gefordert – die geltenden Formulare täten gute Dienste leisten. Anpassungen sollten nur etwa auf der Grundlage von Gesetzesänderungen erfolgen

- Hinweise auf Rechtskraftbescheinigung sind zu streichen, diese können nicht mehr verlangt werden
- Im Betreibungs- und Fortsetzungsbegehren sind die Angaben zum Gerichtsstand nicht mit dem Erwachsenenschutzgesetz abgestimmt, Art. 26 ZGB (umstritten)
- Hinweis zum Betreibungsbegehren auf den Wohnsitz bei Einzelfirmeninhabern
- Im BB weitere Besonderheiten bei den Sonderfällen zu berücksichtigen (vgl. Stn. JU), insb. bei den Gerichtsständen (Stn. Préposés FR)
- Zum Betreibungs-, Fortsetzungsbegehren und dem Verwertungsbegehren vgl. die Stellungnahme der KSChK
- Im Fortsetzungsbegehren sollen nur allfällige Teilzahlungen vermerkt werden können, kein Wiederaufnehmen der Forderungen
- Konkursandrohung muss Rechtsmittelbelehrung enthalten
- Konkursandrohung muss keine Ref.Nr. des Gläubigers enthalten
- Teilzahlungen in der Konkursandrohung werden begrüsst
- Zur Betreibungsbegehren vgl. die Bem. des Bundesgerichts zu den Belehrungen
- Hinweise auf Konkursverlustscheine sollten nicht enthalten sein (allenfalls Hinweis, ob sie enthalten sind oder nicht)
- Bezüglich der rechtlichen Hinweise werden vereinzelt vermehrte Hinweise auf die Gesetzesbestimmungen gefordert.
- Generell sind in den F Texten verschiedene Übersetzungsfehler enthalten



## Synthèse sommaire des résultats de l'audition menée par la Haute surveillance LP sur les nouveaux formulaires LP

---

|           |                                                                     |
|-----------|---------------------------------------------------------------------|
| Date:     | 30. juin 2015 (completé le 5 octobre 2015)                          |
| Pour:     | Commission Fédérale LP, milieux intéressés                          |
| Copies à: | Direction eLP, Direction de l'unité Droit civil et procédure civile |

---

La présente note présente sommairement les résultats de l'audition menée par la Haute surveillance LP à propos des nouveaux formulaires LP<sup>1</sup>. Nous nous sommes concentrés sur les remarques formulées par plusieurs participants à l'audition ou ayant reçu un certain soutien. Cette note a seulement valeur de synthèse ; les formulaires seront adaptés sur la base des prises de position détaillées.

Voici la liste des participants à l'audition :

- Amtsschreiberei-Inspektorat Solothurn
- Autorité cantonale de surveilland LP du Valais
- Autorité de surveillance du Canton Tessin
- Betreibungs- und Konkursinspektorat Schwyz
- Betreibungsinspektorat des Kantons Zürich
- Betreibungsamt Risch
- Dr. Marco Levante, Bundesgerichtsschreiber
- Groupement des Préposé(e)s et Substitut(e)s aux Poursuites et Faillites du Canton de Fribourg
- Konferenz der Betreibungs- und Konkursbeamten der Schweiz
- Konferenz der Stadtammänner von Zürich
- Konkursamt und Betreibungsinspektorat Thurgau
- Notariat Höfe, Wollerau
- Obergericht des Kantons Schaffhausen
- Office des Poursuites de Genève
- Office des Poursuites et faillites de Delémont
- Préposé du canton de Neuchâtel
- Rechtsdienst Departement Volkswirtschaft und Inneres, Kanton Aargau
- Schuldenberatung Schweiz
- Schweizerische Post
- Secrétariat général de l'ordre judiciaire, Canton de Vaud
- Stadtammanamt und Betreibungsamt Zürich 5
- Thomas Schaad, Obergericht Solothurn
- Verband Creditreform (Genossenschaft)
- Verband der Betriebsbeamten des Kantons Aargau

---

<sup>1</sup> <https://www.bj.admin.ch/bj/de/home/wirtschaft/schkg/anhoerungen.html>

- Verband der Betreibungsbeamten LU NW OW UR
- Verband der zugerischen Betreibungs- und Konkursbeamten

## **1 Remarques générales**

- Les caractères sont jugés trop petits.
- Le bilinguisme des formulaires est critiqué.
- De nombreuses erreurs ont été relevées dans la version française (voir notamment les propositions de JU et de TI).
- Le TF critique le caractère trop détaillé des formulaires et regrette qu'on ait abandonné sans raison l'ancien système, qui prévoyait que le contenu des modèles était intégré dans les formulaires des cantons.
- Les explications ne devraient rien omettre, par rapport aux actuelles (cf. critique du TF relative à l'explication 2 concernant le Procès-verbal de saisie)
- Il faut renoncer à indiquer des exemples dans les champs prévus pour les remarques, surtout lorsqu'ils contiennent des indications très contestées.
- Le TF salue l'existence du portail des poursuites, tout en estimant qu'il devrait être complété d'informations à l'intention des débiteurs.

## **2 Remarques concernant le formulaire Commandement de payer**

### **2.1 Remarques récurrentes ou partagées par une majorité**

- Indiquer le nom avant le prénom
- La règle prévue pour la signature est critiquée par tous les participants, mais pour des raisons opposées ; certains estiment nécessaire une signature du débiteur. Les cas où l'office des poursuites signe posent aussi problème. De nombreux participants demandent de se limiter au terme « Signature ». Une proposition serait d'indiquer « Signature en cas d'opposition ».
- L'association des débiteurs estime nécessaire un champ « non retour à meilleure fortune » (conséquences pour les effets de l'opposition ?).
- Les voies de droit indiquées pour former opposition prêtent à confusion. De manière générale, elles devraient à nouveau figurer sur le commandement de payer.
- Le terme « exemplaire pour » est préféré à celui de « double pour ».

### **2.2 Remarques diverses**

- La Poste trouve que l'indication « double pour le débiteur / le créancier » prête à confusion. En outre, la notification n'est pas toujours claire dans les cas où le destinataire est une personne morale (souvent « au destinataire » alors qu'il s'agit du responsable de l'entreprise).

- Case « pas de retour à meilleure fortune en cas d'opposition ».
- Un renvoi à l'art. 73 LP serait utile pour le débiteur.
- Indiquer que la créance se fonde sur un acte de défaut de biens.
- Plusieurs participants demandent qu'on ajoute des données sur les arrivées et les départs.
- Indication d'un éventuel représentant du débiteur.
- Un intérêt à 5 chiffres après la virgule est-il nécessaire ?
- Il faudrait indiquer « déménagé » avant « décédé ».
- Déplacer la liste des coûts au verso.
- Déplacer la notification au recto.
- Ajouter une case « opposition » au double pour le débiteur.
- Le commentaire relatif à l'art. 265a LP est imprécis (voir la position du Betriebsinspektorat de ZH).
- Le champ pour l'adresse devrait comprendre 5 lignes.
- La représentation et les autres destinataires doivent figurer avec l'adresse complète.

### **3 Remarques concernant le nouveau formulaire Procès-verbal de saisie**

#### **3.1 Remarques récurrentes ou partagées par une majorité**

- Plusieurs participants critiquent l'indication du caractère privilégié ; les privilèges ne sont examinés qu'à l'établissement de l'état de collocation.
- Le nom devrait apparaître avant le prénom (ou il faut le faire ressortir)
- Ordre Poursuite/Groupe/Référence
- Comme pour le débiteur, indiquer le représentant sous l'adresse de la partie.
- La désignation de l'exemplaire est jugée superflue ; par ailleurs, la désignation correcte devrait être « Ausfertigung für ».
- Les frais indiqués devraient inclure ceux qui ont été facturés ou déjà payés. La nouvelle rubrique « Frais jusqu'ici » devrait être complétée de la parenthèse « (y c. les frais de mainlevée) ». Le débiteur devrait pouvoir connaître le solde final (voir la proposition de la Conférence des préposés aux poursuites et faillites de Suisse).
- Les offices/cantons sont satisfaits qu'on les laisse faire la mise en page des formulaires d'exécution de saisie.
- Il faut pouvoir cumuler les « décisions exécutoires ».
- Il faudrait laisser l'apostrophe dans l'indication des milliers.
- Reporter les remarques au verso, avec un renvoi au recto.
- Il n'est pas utile d'indiquer l'intérêt, car il n'est jamais à jour.
- Supprimer « Première » de « Première saisie effectuée ».

### **3.2 Remarques diverses**

- L'indication « n'a pas constaté la présence de biens saisissables » n'est pas assez visible et doit être mise en exergue.
- L'indication de l'état civil et du lieu d'origine n'est pas très utile. Certains demandent qu'on ajoute d'autres éléments.
- La récapitulation des créances sous forme de texte suivi empêche une vue d'ensemble, notamment pour ce qui est de la répartition des coûts. Les coûts devraient également être indiqués.
- Il manque la liste détaillée des coûts (qu'on trouve dans l'ancien formulaire).
- Pour les saisies du salaire, il faudrait indiquer le délai de réalisation. Du reste, la mise en forme doit être homogène.
- Les lignes « Paiements » et « Frais d'encaissement » ne devraient apparaître qu'une fois (le signe « - » ne devrait être indiqué que la première fois).
- Les remarques ne sont pas toujours pertinentes (voir l'avis de la conférence des préposés)
- Les versements partiels ne donnent pas lieu à un nouvel acte de défaut de biens / Plus de paiements une fois que l'acte a été délivré.
- Compléter la remarque selon laquelle l'office transmet le montant au créancier et demande la radiation de l'acte de défaut de biens.
- Le minimum vital doit figurer.

### **4 Remarques concernant l'extrait du registre**

- Indiquer le nom avant le prénom
- Les codes sont très critiqués. L'ancienne version avec les abréviations était plus lisible. Par ailleurs, quelques codes sont superflus, ou du moins leur indication (voir plus bas). Le changement des codes (poursuites) sur l'article (actes de défaut de biens) est particulièrement déroutant. FR réclame l'énumération des articles 115 et 149 dans les codes.
- La quasi-totalité des participants demandent que soit indiqué le total. Celui-ci doit cependant inclure les créances ouvertes, de manière à donner une information claire. Le recours à des codes et l'absence d'un total rend le tout illisible.
- Le nombre d'actes de défaut de biens est suffisant ; sinon on risquerait une confusion avec les poursuites.
- Divers: il faudrait indiquer les déménagements (entrants et sortants) s'ils sont connus (le TF est contre).
- Remarque individuelle: le champ pour l'adresse doit comprendre 5 lignes.
- Remarque individuelle: le numéro de référence doit permettre le contrôle de l'authenticité
-

## **5 Remarques concernant les autres formulaires**

- Il est demandé de faire preuve de retenue – les formulaires actuels ont jusqu'ici bien rempli leur rôle. Des adaptations ne devraient être apportées que si la loi est modifiée.
- Il faut biffer les remarques concernant les attestations de force exécutoire, puisque celles-ci ne peuvent plus être réclamées.
- Dans la réquisition de poursuite et dans la réquisition de continuer la poursuite, les indications concernant le for ne sont pas harmonisées avec les dispositions sur la protection de l'adulte (art. 26 CC ; ce point est contesté).
- Remarque relative à la réquisition de poursuite au domicile du détenteur d'une entreprise individuelle.
- Dans la réquisition de poursuite, il faut tenir compte des particularités d'autres cas spéciaux (voir l'avis du JU), en particulier pour les fors (voir la position des Préposés FR).
- Concernant la réquisition de poursuite, la réquisition de continuer la poursuite et la réquisition de vente, voir l'avis de la Conférence des préposés.
- Dans la réquisition de continuer la poursuite, on ne doit pouvoir indiquer que les éventuels versements partiels, mais ne pas reprendre les créances elles-mêmes.
- La commination de faillite doit contenir des indications sur les voies de droit.
- La commination de faillite ne doit pas contenir le numéro de référence du créancier.
- Il serait bon d'indiquer les versements partiels dans la commination de faillite.
- Concernant la réquisition de poursuite, voir la remarque du TF concernant les commentaires.
- Les actes de défaut de biens ne devraient pas être mentionnés / Il faut indiquer si on a omis de les indiquer.
- Concernant les précisions juridiques, une minorité réclame plus de précisions sur les dispositions légales.
- En général, des erreurs de traduction ont été relevées dans la version française.